

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Lutz Reyher

Über die Auswirkungen der beiden
Konjunkturprogramme von 1967 auf das
Arbeitsvolumen

Juli 1968

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Über die Auswirkungen der beiden Konjunkturprogramme von 1967 auf das Arbeitsvolumen

Lutz Reyher

Dieser Beitrag ist ein erster Versuch, die Input-Output-Technik in der kurzfristigen Arbeitsmarktanalyse einzusetzen. Es ist das Ziel der Untersuchung, die im letzten Abschnitt des vorangegangenen Gutachtens ¹⁾ dargestellte Analyse der Auswirkungen der beiden Eventualhaushalte von 1967 auf die Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen um einen Schritt zu erweitern: Es soll ermittelt werden, wie sich diese zusätzlichen Staatsausgaben auf das Arbeitsvolumen und auf den Arbeitsmarkt auswirken werden bzw. würden.

Die Berechnungen erfolgen im Rahmen eines Modells, das mit zum Teil durchaus diskussionsbedürftigen Annahmen arbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können zwar, wie unten näher erörtert wird, auch nicht ex post anhand der entsprechenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistiken bestätigt oder widerlegt werden — jedenfalls nicht generell. Dies wäre nur möglich, wenn bei den übrigen Komponenten der Gesamtnachfrage keine Veränderungen eingetreten wären. Zweifellos würde eine solche ceteris-paribus-Klausel in diesem Fall aber der Wirklichkeit nicht gerecht werden.

Dennoch fehlt es den Resultaten keineswegs an Aussagekraft, denn sie vermitteln eine hinlänglich genaue Vorstellung von den *potentiellen* Rückwirkungen der Konjunkturprogramme auf den Arbeitsmarkt, hinsichtlich ihrer Größenordnung wie ihrer Struktur. Sie zeigen also an, welcher Beschäftigungsrückgang — und welche Zunahme an Arbeitslosigkeit — in den einzelnen Wirtschaftszweigen und in der Wirtschaft insgesamt ohne den Einsatz dieser zusätzlichen Staatsnachfrage mindestens eingetreten wären. Wahrscheinlich hätte sich der kumulative Schrumpfungsprozeß ohne die Signalwirkung der staatlichen Aktivität sogar noch verstärkt fortgesetzt. Der praktische Nutzen derartiger Berechnungen für die Arbeitsmarktforschung liegt zum anderen vor allem in der Weiterentwicklung der Analysetechnik.

Annahmen und Methoden

Für die Interpretation der unten ausgewiesenen Ergebnisse sei auf folgende Annahmen und Einschränkungen hingewiesen:

- Den Berechnungen wurde eine vom Deutschen *Institut für Wirtschaftsforschung* ermittelte Variante der *Gesamtauswirkungen* beider Haushalte auf die Bruttonachfrage zugrunde gelegt, die auch jene komplementären privatwirtschaftlichen Ausgabenerhöhungen in der Bauwirtschaft einschließt, welche durch die im Rahmen des zweiten Konjunkturhaushalts gewährten Zinssubventionen voraussichtlich induziert werden.
- *Lagerentnahmen* bleiben unberücksichtigt. Es wird unterstellt, daß die zusätzliche Nachfrage zu einer Zunahme der Produktion im gleichen Umfang führt. Diese Annahme ist in der gegenwärtigen Konjunkturphase nicht ganz wirklichkeitsnah. Im Ausmaß des tatsächlichen Lagerabbaus — über das keine verlässlichen Informationen vorliegen — reduziert sich jedenfalls der Produktions- und Beschäftigungseffekt der Nachfragesteigerung.
- *Akzeleratoreffekte* (durch die Nachfragezunahme ausgelöste Steigerungen der Investitionen) bleiben außer Betracht. Angesichts des anhaltend niedrigen Grades der Kapazitätsauslastung ist die Vernachlässigung dieser Effekte für die hier behandelte Phase sicherlich zu vertreten.
- Ebenso bleiben *Multiplikatoreffekte* der Zusatzausgaben des Staates unberücksichtigt (Wiederverausgabe der entstandenen Einkommen in den Folgeperioden). Demzufolge stellt der hier ausgewiesene Beanspruchungsgrad der Kapazitäten in den konsumnahen Bereichen die Untergrenze der tatsächlichen Auswirkungen dar.
- Ferner bedarf es einer Annahme über den *Zeitraum*, innerhalb dessen diese Zusatznachfrage in Produktion umgesetzt wird. Erforderlich wären also Informationen über den Zeitablauf der primären Auftragserteilung, über die zeitliche Verteilung der daraus abgeleiteten Aufträge für Vorleistungen sowie über die Dauer der Produktionsperioden in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Vorhanden sind jedoch lediglich Angaben über die zeitliche Verteilung der primären Ausgaben auf die Quartale — und auch das nur global. Über die Zeitdimension des Prozesses lassen sich dagegen keine hinreichend begründeten Annahmen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige treffen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wurde der weitaus größte Teil der Aufträge beider Eventualhaushalte in dem Zeitraum vom 2. Quartal 1967 bis einschließlich 1. Quartal 1968 erteilt. Mangels besserer Informationen und angesichts des derzeit sehr niedrigen Grades der Kapazitätsauslastung in Industrie und Bauwirtschaft wurde hier daher von

¹⁾ Siehe S. 127 dieses Heftes.

der Arbeitshypothese ausgegangen, daß der Nachfragezuwachs sich im großen und ganzen in allen Wirtschaftsbereichen in dem Zeitraum Jahresmitte 1967 bis Jahresmitte 1968 realisieren wird. Dies mag in Einzelfällen nicht der Wirklichkeit entsprechen, doch dürften sich die beiderseitigen Abweichungen von diesem Durchschnittswert teilweise ausgleichen.

Umstellung auf das Unternehmenskonzept

Wie in dem vorangegangenen Gutachten dargestellt worden ist, sind die einzelnen Wirtschaftszweige in den Input-Output-Tabellen des DIW auf Unternehmensbasis gegeneinander abgegrenzt. Aus Konsistenzgründen müssen daher auch für sich daran anschließende Rechnungen, wie sie hier vorgenommen worden sind, die auf Betriebsbasis aufgebauten Statistiken (vor allem Industrie- und Bauberichterstattung) auf Unternehmenswerte umgerechnet werden. Diese Umstellung war im vorliegenden Fall sowohl für die Beschäftigtenzahlen als auch für die Produktivitätsberechnungen vorzunehmen. Da nun, wie oben gezeigt worden ist (Übersicht 2, S. 135 f.), bereits für eine Reihe von Jahren statistische Angaben über Beschäftigung und Umsätze nach Industriezweigen sowohl auf Unternehmens- als auch auf Betriebsbasis vorliegen, konnte die Umrechnung mit Hilfe der aus diesen Statistiken abgeleiteten Koeffizienten recht verlässlich vorgenommen werden.

„Produktivität“ und Arbeitsvolumen

Zunächst waren nun die auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche entfallenden Bruttoproduktionswerte (siehe Spalte 3 der umstehenden Tabelle) mit Hilfe von Produktivitätsziffern in Arbeitsvolumeneinheiten bzw. in Beschäftigtenzahlen zu übersetzen. Bei der Wahl des Produktivitätsmaßes wurde dabei von der Überlegung ausgegangen, daß in den konjunkturrempfindlichen Bereichen — vor allem Industrie und Bauwirtschaft — bei der Ermittlung der Arbeitskräfte, die für die Realisierung der Zusatznachfrage erforderlich sind, die Arbeitszeitkomponente berücksichtigt werden muß. Die Produktionssteigerung bedingt ja zunächst nur eine Erhöhung des Arbeitsvolumens. Ob und inwieweit dies auch zu einer Zunahme der Beschäftigung führt, hängt davon ab, ob und inwieweit die durchschnittlich geleistete

²⁾ Mangels aktueller Informationen über die Höhe der Bruttoproduktionswerte wurde hier auf Umsatzziffern zurückgegriffen.

³⁾ Für Industrie und Bauwirtschaft wurde hier die Produktivität bezogen auf geleistete Arbeiterstunden — nicht Beschäftigtenstunden —, da, wie sich im vergangenen Jahr gezeigt hat, der konjunkturbedingte Beschäftigungsrückgang fast ausschließlich die Arbeiter betroffen hat. Dementsprechend ist damit zu rechnen, daß sich ein künftiger Beschäftigungszuwachs auf längere Zeit ebenfalls vorwiegend in der Zahl der beschäftigten Arbeiter niederschlägt.

Arbeitszeit der Beschäftigten vom („konjunkturbereinigten“) Normalwert abweicht. Aus diesem Grund wurde auch hier für diese Wirtschaftsbereiche der Umweg über die Arbeitszeitkomponente genommen. In den anderen Bereichen spielen Veränderungen der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit eine geringere Rolle, auf eine solche Verfeinerung konnte also verzichtet werden. Für die einzelnen Industriezweige und für die Bauwirtschaft wurde demgemäß hier die Kennziffer „Umsatz je geleistete Arbeiterstunde“ als Produktivitätsmaß verwendet²⁾. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wurde dagegen der „Umsatz je Arbeitnehmer“ als Ausdruck der Produktivität genommen.

Um realistische Effizienzgrößen für den hier in Frage stehenden Zeitraum zu erhalten, waren die für das zweite Halbjahr 1967 bereits bekannten Daten mit Hilfe von Produktivitätstrends in das erste Halbjahr 1968 fortzuschreiben. Sodann wurden die vorgegebenen Bruttoproduktionswerte durch die ermittelten Produktivitätszahlen dividiert. Damit ergab sich das Arbeitsvolumen (Zahl der Arbeitsstunden bzw. Zahl der Beschäftigten), das für die Realisierung der zusätzlichen Nachfrage erforderlich ist³⁾.

Arbeitszeit und Arbeitskräftebedarf

Für die Transformation dieser Arbeitsvolumengrößen in Beschäftigtenzahlen bedarf es einer Vorstellung über die Höhe der durchschnittlichen effektiven Jahresarbeitszeit in dem genannten Zeitraum. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß sich — von konjunkturellen Schwankungen abgesehen — der in den vergangenen Jahren beobachtete langsame Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit fortsetzen wird. Hier wurde unterstellt, daß die durchschnittliche Jahresarbeitszeit um 1 v. H. niedriger sein wird als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Da die Basis dieser Fortschreibung — also die effektive Durchschnittsarbeitszeit von Mitte 1966 bis Mitte 1967 — aus konjunkturellen Gründen verzerrt ist, mußten entsprechende Korrekturen vorgenommen werden. Dies geschah in all den Fällen, in denen sich im ersten Halbjahr 1967 durch Kurzarbeit bedingte auffällige Abweichungen von dem zu erwartenden „Normalwert“ zeigten. Schließlich wurden die zuvor ermittelten Arbeitsvolumengrößen durch die um konjunkturelle Schwankungen bereinigten Werte für die durchschnittliche Arbeitszeit geteilt; daraus ergab sich die Zahl an Arbeitern (bzw. Arbeitnehmern), die im Laufe dieses Jahres für die Befriedigung der zusätzlichen Nachfrage aus den Konjunkturhaushalten erforderlich ist.

Zu den Ergebnissen

Die Untersuchung zeigt, daß die Summe der aus den beiden Konjunkturhaushalten resultierenden

Hypothetische Ausnutzung des Arbeitspotentials durch die Eventualhaushalte von 1967

Wirtschaftszweig	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Auswirkungen auf die Produktion (Mill. DM Brutto-Produktionswert)			Produktivität (Umsatz je gel. Arbeiterstunde bzw. BPW je Arbeitnehmer) ²⁾	Arbeitsvolumen (erforderliche Arbeitsstunden) ¹⁾ (Sp. 3 : 4)	Durchschnittl. Effektiv-Arbeitszeit (Std. je Arbeiter und Jahr) ^{1), 3)}	Erforderliche Zahl von Arbeitnehmern für die Realisierung der beiden Eventualhaushalte ¹⁾		Unterbeschäft. (Rückg. d. Zahl d. Arbeitnehmer Mitte 1967 gegenüber dem Vorjahr) ⁴⁾	
	1. Eventualhaushalt	2. Eventualhaushalt	1. und 2. Eventualhaushalt				absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	Veränd. gegenüb. Vorjahr
	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	DM	1000 Std.	Std.	Personen	v. H.	Personen	v. H.
Landw., Forstw., Fischerei	65	230	295	(127 850) ²⁾	.	.	2 307	0,6	— 12 000	— 2,9
Energiewirtschaft	88	268	356	(130 510) ²⁾	.	.	2 728	1,3	— 1 000	— 0,5
BERGBAU	81	257	338	.	.	.	7 966	3,1	— 83 489	— 13,5
Kohlenbergbau	64	194	258	21,13	12 510	1 701	7 353	3,8	— 72 947	— 14,2
Übriger Bergbau	17	63	80	67,80	1 180	1 929	613	1,4	— 10 542	— 7,5
GRUNDSTOFF- U. PRODUKTIONS- GÜTERINDUSTRIEN	904	2 908	3 812	.	.	.	49 231	2,8	—125 755	— 6,7
Industrie d. Steine u. Erden	285	1 120	1 405	31,81	44 170	2 154	20 513	9,1	— 31 060	— 10,7
Eisenschaffende Industrie	234	547	781	40,19	19 430	1 841	10 555	2,5	— 19 589	— 6,5
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	49	161	210	23,95	8 770	1 871	4 689	4,2	— 21 606	— 14,4
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	35	79	114	42,18	2 700	1 925	1 406	2,1	— 5 540	— 7,1
NE-Metallindustrie	48	86	134	47,19	2 840	1 892	1 500	1,4	— 6 460	— 5,7
Chemische Industrie	110	374	484	64,81	7 470	1 905	3 919	0,7	— 8 926	— 1,5
Mineralölverarbeitung	51	212	263	279,45	940	1 967	477	1,2	— 564	— 2,1
Kautschuk u. Asbest verarb. Industrie	18	42	60	32,45	1 850	1 792	1 031	0,9	— 18 337	— 14,0
Sägewerke u. holzbearb. Industrie	59	236	295	33,55	8 790	2 034	4 323	6,9	— 10 139	— 11,3
Zellstoff- u. Papiererzeugung	15	51	66	38,71	1 700	2 091	816	1,1	— 3 534	— 4,5
INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN	1 176	1 584	2 760	.	.	.	46 307	1,3	—298 705	— 7,6
Stahlbau	137	173	310	30,66	10 110	2 022	5 001	2,7	— 31 026	— 13,3
Maschinenbau	159	301	460	33,11	13 890	1 903	7 299	0,7	— 75 073	— 6,1
Straßenfahrzeugbau	121	113	234	40,12	5 830	1 842	3 165	0,6	— 43 545	— 7,9
Luftfahrzeugbau	24	8	32	53,20	600	1 857	323	1,0	+ 4 106	+ 8,0
Schiffbau	32	22	54	29,71	1 820	1 960	927	1,3	— 2 416	— 2,5
Elektrotechnische Industrie	591	700	1 291	33,33	38 730	1 773	21 851	2,3	— 94 643	— 8,9
Feinmech. u. optische Industrie	16	82	98	24,13	4 060	1 780	2 282	2,3	— 4 783	— 2,7
Stahlverformung	54	78	132	25,44	5 190	1 902	2 728	2,1	— 17 531	— 11,6
EBM-Industrie	42	107	149	29,34	5 080	1 858	2 731	0,7	— 33 794	— 7,6
VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN	132	429	561	.	.	.	11 643	0,6	—160 695	— 7,8
Feinkeram.- und Glasindustrie	34	124	158	23,11	6 840	1 851	3 692	2,3	— 13 822	— 7,1
Holzverarbeitende Industrie	29	112	141	28,50	4 950	1 945	2 542	1,2	— 14 563	— 6,2
Papierverarb. Ind. u. Druckerei ⁴⁾	36	112	148	27,66	5 350	1 863	2 871	0,5	— 18 194	— 3,2
Leder-, Textil-, Bekleidg.-Industrie	33	81	114	26,18	4 350	1 714	2 538	0,2	—114 116	— 9,9
NAHRUNGS- U. GENUSSMITTEL- INDUSTRIE	37	116	153	80,50	1 900	2 043	930	0,2	— 15 176	— 3,0
INDUSTRIE, INSGESAMT	2 330	5 294	7 624	.	.	.	116 077	1,5	—683 820	— 7,5
Handwerk u. sonst. prod. Gewerbe ⁵⁾	106	407	513	(69 835) ²⁾	.	.	7 346	0,6	— 13 000	— 1,1
Baugewerbe	1 535	8 299	9 834	41,56	236 620	1 948	121 473	6,3	—275 000	— 13,0
Handel	146	515	661	(37 674) ²⁾	.	.	17 545	0,7	— 31 000	— 1,2
Verkehrswesen ⁶⁾	176	646	822	(37 375) ²⁾	.	.	21 994	1,6	— 29 000	— 2,0
Übrige Dienstleistungen ⁷⁾	105	337	442	(45 838) ²⁾	.	.	9 643	0,4	— 1 000	0,0
Staat	15	56	71	(16 509) ²⁾	.	.	4 301	0,2	+ 27 000	+ 1,0
VOLKSWIRTSCHAFT, INSGESAMT	4 566	16 052	20 618	.	.	.	303 414	1,5	.	— 4,4

¹⁾ Im Zeitraum 2. Halbjahr 1967 und 1. Halbjahr 1968.

²⁾ Brutto-Produktionswert je Arbeitnehmer.

³⁾ Fiktiver Wert unter Ausschaltung konjunkturell bedingter Abweichungen (Kurzarbeit).

⁴⁾ Einschließlich Kunststoffverarbeitung und Musikinstrumente, Spielwaren-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie.

⁵⁾ Einschließlich Industrie mit weniger als 10 Beschäftigten.

⁶⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

⁷⁾ Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige Dienstleistungen.

⁸⁾ Quellen: Industrie: Industrieberichterstattung (Beschäftigte der monatlich meldenden Betriebe, umgerechnet auf Unternehmensbasis); übrige Wirtschaftsbereiche: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Arbeitnehmer).

Bruttoproduktionswerte (direkte und indirekte Auswirkungen) von 20,6 Milliarden DM auf Jahresbasis rund 300 000 Arbeitskräfte erfordert. Dies entspricht einer Beanspruchungsquote des derzeitigen Arbeitskräftepotentials von 1,5 v. H. Auf's Ganze gesehen also sind die Auswirkungen der beiden Konjunkturprogramme verhältnismäßig gering. Selbst wenn die Nachfrage in den übrigen Bereichen nicht weiter zurückgegangen wäre, hätten diese zusätzlichen Ausgaben — für sich allein genommen — nicht hingereicht, den bereits eingetretenen Rückgang der Gesamtbeschäftigung (—4,4 v. H. zur Jahresmitte 1967) im Jahr darauf auszugleichen.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen variiert die Beanspruchungsquote des Arbeitspotentials allerdings beträchtlich. Am stärksten schlägt sich die Steigerung der öffentlichen Nachfrage im Baugewerbe und in dessen Zulieferbereichen nieder. In der Bauwirtschaft selbst binden die öffentlichen Aufträge — auf Jahresbasis gerechnet — rund 120 000 Arbeitskräfte, mehr als 6 v. H. des Arbeitskräftebestandes in diesem Wirtschaftsbereich zur Jahresmitte 1967. Ebenfalls weit über dem Durchschnitt liegt die Beanspruchungsquote bei den wichtigsten Zulieferbereichen der Bauwirtschaft: Steine und Erden: 9,1 v. H., Eisen- und Stahlindustrie: 4,2 v. H., Sägewerke und Holzverarbeitung: 6,9 v. H., Stahlbau: 2,7 v. H. Auch die elektrotechnische Industrie wurde von den beiden Programmen relativ stark begünstigt (2,3 v. H.) — hauptsächlich infolge des hohen Anteils der Bundespost an den gesamten Ausgaben der Konjunkturprogramme.

Zur Struktur der Ausgaben

Entsprach die Zusammensetzung der beiden Konjunkturprogramme (einschließlich der indirekten Ausgabensteigerungen) der Struktur der Rezession? Von den Schwerpunkten der Ausgabenverteilung her gesehen trifft dies sicherlich zu. Gemessen an dem Stand der Unterbeschäftigung zur Jahresmitte 1967 waren die Bauwirtschaft und die ihr durch Zulieferungen verbundenen Industriezweige von der Rezession am stärksten betroffen. In diese Bereiche fließt nun auch der überwiegende Anteil der Ausgaben, hier ist auch die Beanspruchungsquote des Arbeitspotentials am

größten. Auch auf's Ganze gesehen wird die Verteilung der Zusatzausgaben — gemessen an der Entsprechung von Beanspruchungsquote des Arbeitspotentials und jeweiligem Grad der Unterbeschäftigung in den einzelnen Industrien — den Unterschieden der konjunkturellen Lage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nahezu gerecht⁴⁾.

Zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Inwieweit die hier ermittelten Ergebnisse sich in der tatsächlichen Entwicklung der Beschäftigung niederschlagen werden, kann zur Zeit — wahrscheinlich aber auch später — statistisch nicht überprüft werden. Sicherlich ist nicht damit zu rechnen, daß die Beschäftigung in allen einzelnen Wirtschaftszweigen im Ausmaß der hier ausgewiesenen Beanspruchungsquote steigen wird. Zum Teil haben die zusätzlichen Staatsaufträge zweifellos lediglich den Rückgang bei den anderen Nachfrageaggregaten kompensiert. Zur raschen und vollständigen Wiederherstellung des früheren Beschäftigungsstandes wären Investitionsprogramme noch größeren Ausmaßes erforderlich gewesen. Allerdings sind Gedanken darüber heute müßig, denn die tatsächlich zum Einsatz gelangten Investitionsbeträge sind sicherlich das Maximum dessen, was unter den politisch-institutionellen Gegebenheiten des vergangenen Jahres durchgesetzt werden konnte.

Inwieweit andererseits der inzwischen eingetretene Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den Einsatz dieser Mittel zurückzuführen ist, ist schwerlich abzuschätzen. Mehrere andere Faktoren, deren quantitativer Einfluß weitgehend noch nicht bekannt ist, bestimmen sowohl die Entwicklung der Beschäftigten- als auch die der Arbeitslosenzahl. Dennoch ist die hier ermittelte Größenordnung der zur Abwicklung der Konjunkturhaushalte notwendigen Arbeitskräfte auch für die Arbeitsmarktanalyse von Bedeutung, weil sie eine Vorstellung von dem möglichen Ausmaß zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften vermittelt und Ansatzpunkte für die frühzeitige Wirkungsanalyse künftiger Nachfrageveränderungen ähnlicher Art liefert.

An diesem Punkt muß die Analyse zur Zeit noch abgebrochen werden. Die für die Arbeitsverwaltung weitaus interessantere Frage nach der Berufsstruktur der zusätzlich nachgefragten Arbeitskräfte ist bei dem augenblicklichen Informationsstand noch nicht zu beantworten. Die Vorarbeiten für eine solche Übersetzung stehen jedoch im Institut vor dem Abschluß. Es ist zu hoffen, daß die kurzfristige Arbeitsmarktbeobachtung und -Prognose schon bald auch den nächsten Schritt tun können wird⁵⁾.

⁴⁾ Zwischen der relativen Verteilung der durch die Konjunkturhaushalte bedingten potentiellen Beschäftigungszunahme und der Struktur des effektiven Beschäftigungsrückgangs im Ausgangszeitpunkt besteht eine verhältnismäßig enge Korrelation ($r = 0,87$).

⁵⁾ Darüber wird im Rahmen eines allgemeinen Überblicks über Ziele und Möglichkeiten arbeitsmarktbezogener Konjunkturforschung im nächsten Heft der „Mitteilungen“ berichtet werden.